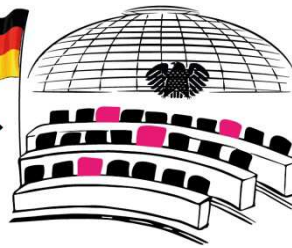


Bürger- kandidat

Info: Buergerkandidat.de



Verein zur Schaffung und Förderung politischer Wahrnehmungsfähigkeit und politischem Verantwortungsbewusstseins von Bürgern bei der zukünftigen Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland

Vereinsinformation Nr. 1

05. Mai 2017

Worum geht es?

Ich will Sie alle auf dem Weg in eine Politik mitnehmen, die gemeinsam von Bürgern und Parteien gestaltet wird. Eine Mischung aus direkter und repräsentativer Demokratie soll das verbindende Element zwischen Bürgern und Staat sein. Die Belange von Allen sollen aufgegriffen und Politik so gestaltet werden, dass Bürger teilhaben und Staat und Staatsbürger miteinander die Zukunft kreativ gestalten.

2016 entstand eine Bewegung mit dem Namen „Direktkandidaten“. Ziel war die Aufstellung von direkt aus dem jeweiligen Wahlkreis stammenden parteilosen Direktkandidaten zur Bundestagswahl im Herbst 2017. Ich war begeistert. Wie viele andere auch, schloss ich mich sofort dieser neuen Bewegung an und erklärte mich auch bereit, mich als „Bürgerkandidat“ für meinen Wahlkreis aufstellen zu lassen.

Die Idee war gut gedacht, jedoch schlecht gemacht. Es gibt bis heute keine bundesweite Organisation und dies ist wohl auch gar nicht gewünscht. Die Konzentration auf das Ideelle und die strikte Abkehr von Pragmatismus und den real funktionierenden Gegebenheiten des Erfolgs, um ein Mandat zu gewinnen, ehrt die engagierten Teilnehmer der Gruppe, verhindern jedoch einen Wahlerfolg. Zumindest erreichte ich insofern ein Ergebnis, als dass ich resümierend feststellen musste: **So geht das nicht !**

Trotzdem halte ich den Grundgedanken für richtig. Die direkte Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen muss verstärkt werden. Die im Grundgesetz unseres Landes verankerte Teilhabe der Bürger, welche irgendwie von den Parteien nach über 70 Jahren des Machterhalts „vergessen“ wurde, muss und kann wieder aufleben.

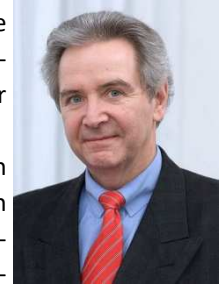
Inhalt Seite

Worum geht es	1
Editorial	1
Ziele des Vereins	2
Vorgehen	3
Irlandmodell	4
Aufnahmeantrag	7
<u>Tipp</u>	

Manche Textstellen sind erläutert und daher länger. Vor solchen Texten sind schlagwortartig die Inhalte für Eilige zusammengefasst, damit jeder entscheiden kann, ob er Muse für die Langversion hat.

Editorial

Sie halten die die erste Ausgabe unserer Vereinsinformation jetzt in Ihren Händen und dies erfordert eine Erläuterung sowie weiterführende Information.



K. Mairhöfer, Vorstandsvorsitzender

Nebenstehend erfahren Sie mehr über Ursprung und Ziele des Vereins und innerhalb dieses Editorials möchte ich Ihnen wenige Worte über uns, d.h. über die Vorstände und „Macher“ mitteilen und Sie auffordern, bitten, anflehen den Verein bei der Erreichung seiner Ziele zu unterstützen und mit zu arbeiten.

Der Vereinsvorstand ist derzeit durch meine Frau Sabine und mich besetzt. Wir möchten sozusagen den Wagen anschieben und den Zug ins Rollen bringen. In der Überzeugung, dass wir zusammen mit anderen etwas bewegen, eine Bewegung ins Leben rufen können, machen wir uns auf den Weg. Meine Frau Sabine arbeitet als Lehrerin in einer Grundschule in Bargtheide und ich selbst berate Unternehmen aus dem In- und Ausland in wirtschaftlichen Fragen. Unsere beiden Söhne studieren. Unser langfristiges Ziel ist die Einbeziehung von Bürgern in Entscheidungen, aber auch, und damit verbunden, der Wunsch, dass Bürger bereit sind mehr Verantwortung zu übernehmen.



Das Irische Modell einer direkten und erfolgreichen Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen

Lesen Sie mehr über dieses Instrument einer direkten Bürgerbeteiligung ohne die Gefahren eines Volksentscheids auf Seite 4



Warum ich brenne - Zusammengefasst:

Die Vereins-Satzung (siehe Webseite) klingt etwas sperrig und holprig, aber so entspricht sie den gesetzlichen Vorgaben und der Verein wird in dieser Form als „gemeinnützig“ anerkannt. Hier kurz die dahinter stehende Vision: Wir leben in einem Staat, der geprägt ist von Parteien. Statt Sachentscheidungen fallen Entscheidungen, die dem jeweiligen Machterhalt dienen. In unserem politischen System sollen die Bürger ihren Platz finden, sie stören nämlich nicht, sondern können Sachwissen und Engagement einbringen. Die Einbindung der Bürger in politische Entscheidungen und die Einbeziehung verantwortungsvoller Menschen sowie deren Teilhabe an den Entscheidungsprozessen unseres Landes ist mein Anliegen. Teilhabe von Bürgern, bedeutet nicht „Volksherrschaft“ und auch nicht Regieren über Volksentscheide, sondern, wie das Wort bereits aussagt, an Entscheidungen teilhaben. Dass eine solche Teilhabe nicht zur Volksherrschaft wird garantiert unser Grundgesetz. In Deutschland gibt es derzeit rund 599 Abgeordnete. Rund die Hälfte davon wird in 299 Wahlkreisen direkt gewählt. Der „Rest“ wird über die prozentuale Stimmenzahl der jeweiligen Partei von den Parteien „gesetzt“. Dies bedeutet, dass selbst wenn die große Vision eintreten würde und in allen 299 Wahlkreisen parteilose Bürgerkandidaten gewählt werden würden, diesen immer noch rund 300 Parteimitglieder gegenüber stehen. Insofern ist die Gefahr, dass „Unsinn“ passiert, wie es beim Regieren mit Volksentscheide durchaus passieren könnte, nicht gegeben.

Die Ziele des Vereins laut Satzung

- Durch Schaffung und Förderung der politischen Wahrnehmungsfähigkeit soll das politische Verantwortungsbewusstseins der Bürger gestärkt werden;
- Umfassende Aufklärung über Grundgesetz und Wahlgesetz sowie über das Funktionieren der bestehenden Institutionen zur Erreichung politischer Beschlüsse auf allen Entscheidungsebenen;
- Den Bürgern die gesetzlich verankerte Möglichkeit von parteilosen Direktkandidaten als basisdemokratische Form der direkten Beteiligung an politischen Willensbildungsprozessen nahe zu bringen;
- Über eine sachlich, objektive Information der Bürger über politische Sachverhalte, die frei ist von Parteiideologie, sollen die im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte und Pflichten der Bürger auf Teilhabe durch Wissen und Bildung gestärkt werden;
- Bürgern sollen die Unterschiede der Systeme „repräsentative Demokratie“ und „Direkte Demokratie“ erläutert und die damit verbundenen Möglichkeiten, aber auch Verantwortungen von direkten Kandidaturen von parteilosen Bürgerkandidaten verdeutlicht werden;
- Eine so gesteigerte Wissens- und Bildungsbasis soll eine bessere Teilhabe der Bürger am politischen Entscheidungsprozess mit sich bringen.

Die Gründe

- Den Bürgern eine tatsächliche und hörbare Stimme bei politischen Entscheidungen zu geben und die notwendige Teilhabe der Bürger zu implementieren;
- Politische Entscheidungen aus der Anonymität herauszunehmen und damit die mögliche direkte Einflussnahme der Bürger hervorzuheben. So kann aus Politikerverdrossenheit Engagement werden;
- Verdrossenheit, Wut und Resignation verändern rein gar nichts. Mitwirkung und Mitgestaltung als Gegengewicht zu den Block-Abstimmungen der jeweiligen Parteien dagegen schon;
- Abgeordnete „sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden...“(Art 38 GG). Dies wird durch den Fraktionszwang faktisch ausgehebelt. Objektive Sachentscheidung frei von Lobby und Parteiinteressen sollten wir anzustreben;
- Eine Mischung aus repräsentativer und direkter Demokratie zum Wohle des deutschen Volkes gilt es zu etablieren. Tatsächliche Teilhabe der Bürger soll der definitiv vorhandenen zügellosen Macht der Parteien entgegen gesetzt werden. Parteien und Politiker sollen Diener und nicht Herren sein;
- Sofern Bürger an politischen Entscheidungen teilnehmen, werden diese gemeinsam getragen und ein Wandel vom Wut-Bürger zum Mut-Bürger tritt ein.

„Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.“

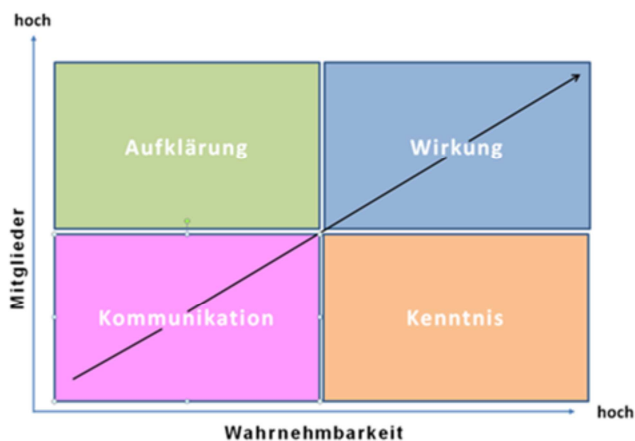
Antoine de Saint-Exupery

Wenn Du eine Sachpolitik unter hoher Beteiligung der Bürger und frei von Parteiideologie möchtest, dann gründe keine Partei, trommle nicht Menschen zusammen, die dagegen sind und Hass und Hetze verbreiten, sondern überzeuge Deine Nachbarn, Freunde, Bekannte, Kollegen, schlichtweg alle von der Sehnsucht nach einem sozialen und demokratischen Staatswesen, das unsere Werte widerspiegelt.

In Abwandlung und Achtung der Worte von Antoine de Saint-Exupery - Klaus Mairhöfer

Vorgehen

Entscheidend für die Wirkung dieses, wie jedes anderen Vereins auch, werden die beiden Faktoren Mitgliederzahl und Wahrnehmbarkeit sein. Dabei ist die Wechselwirkung zwischen Zielen des Vereins und Werbung von neuen Mitgliedern entscheidend. Nur sofern die Ziele des Vereins als richtig und verfolgenswert angesehen werden, wird es gelingen durch bestehende und überzeugte Mitglieder neue Unterstützer zu werben. Insofern wird das erste zu beackernde Feld die Kommunikation im kleinen Kreis sein, um sozusagen aus einer solchen Keimzelle heraus die Überzeugungsarbeit zu leisten, um weitere Mitglieder gewinnen zu können. Dazu führen wir sogenannte Wohnzimmergespräche durch, schaffen einen Infobrief, wie den vorliegenden, und werden Aufklärungsarbeit über das Funktionieren und die Zusammensetzung von Gremien leisten. Allen Mitgliedern wird eine Wissens-Datei zur Verfügung stehen, die sich in einem ersten Schritt tatsächlich mit dem Funktionieren und dem Zustandekommen von politischen Entscheidungen beschäftigt und im Anschluss mit objektiven Informationen zu Sachfragen „gefüttert“ wird. Selbstverständlich wird eine eigene Webseite erstellt und auch die Sozialen Medien genutzt. Je mehr Menschen eine tatsächliche Veränderung und Teilhabe in und an der politischen Willensbildung wünschen, desto mehr Mitstreiter haben wir. **Packen wir's an !**



Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert.
Albert Einstein

Was können wir jetzt sofort, konkret tun und bewirken?

Ich will nicht in die Schleife ...man müsste, ... man sollte verfallen, Ich will nicht warten, ich will **jetzt** etwas tun und handeln!

Es gibt ein aktuelles Projekt von Campact e.V. Man muss nicht alles mögen, was Campact auf die Beine stellt, aber man muss Gutes ja nicht noch einmal erfinden.

Ziel des Projekts "Aufbruch 2017" ist es heraus zu finden: Welches sind die wichtigsten Herausforderungen vor denen unsere Gesellschaft steht und mit welchen konkreten Maßnahmen sollte eine neue Bundesregierung antworten. In 100ten von deutschen Wohnzimmern finden Gespräche und Diskussionen statt, um Wünsche direkt aus der Bevölkerung zu sammeln. Nach Ende

der Diskussionsveranstaltungen werden die Rückmeldungen der einzelnen Diskussionsrunden gesammelt und mit Fachleuten diskutiert. Mitte Juli 17 veröffentlicht Campact die Ergebnisse. Dann können alle Campact Aktiven online noch einmal darüber abstimmen, welche Forderungen ihnen am wichtigsten sind. Am Ende des Prozesses wird ein gemeinsamer Katalog stehen, der in den Wahlkampf „getragen“ wird. D.h. nicht wir wählen nach uns vorgelegten Partei-Programmen, sondern wir, die Bürger, machen die Ansage und damit deutlich,



Aktuelle Regions-Karte von Gesprächsabenden

was wir von unserem Spitzenpersonal erwarten. Bei uns findet der Gesprächsabend am 11. Juni 2017 statt, ist aber leider schon total voll. Aber wer Lust hat, einfach melden und ich helfe bei der Durchführung gerne. Ein Abend mit Nachbarn / Freunden ist immer etwas Schönes.

WISSENS-DATEI

Das Irische Modell – Zusammengefasst:

In Irland werden 99 Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen per Los bestimmt, die sich mit grundsätzlichen Themen der politischen Gestaltung beschäftigen (Beispiel Homo-Ehe oder Abbruch von Schwangerschaften). Unter Hinzuziehung von Sachverständigen (pro und contra) werden die Themen im Zuge eines formalisierten Verfahrens mehrstufig diskutiert. Am Ende des Prozesses wird dem Parlament eine Empfehlung ausgesprochen. Ein vom Los bestimmter Bürger kann an einer solchen Veranstaltung nur einmal teilnehmen. Der große Unterschied zu Referendum und/oder Volksentscheid ist, dass hier Bürger viele sachliche Informationen erhalten, darüber sprechen und dann entscheiden. Beim Volksentscheid bestimmen viele ohne Information, in Irland geben wenige Informierte eine Empfehlung.

Hier die Langversion mit Ausschnitten aus:

Die ZEIT Nr. 4/2017 /Dossier: Zur Wahl steht: Die Demokratie

1. Mandatsbesetzung in der ersten (nahezu) Demokratie

...dass Barack Obama dies mit keinem Wort erwähnte, als er in Athen davon schwärmte, wie die Griechen die Flamme der Demokratie entzündeten.

Das System damals funktionierte nämlich ganz anders als jenes, das 2500 Jahre später den Präsidenten Obama hervorbringen sollte, und damit ist nicht gemeint, dass es in Athen kein Fernsehen gab oder dass Frauen vom politischen Prozess ausgeschlossen waren. Der entscheidende Unterschied ist: Die Mitglieder der Athener Regierung, des sogenannten Rats der 500, wurden nicht gewählt. Sie wurden ausgelost. Die Amtszeiten waren begrenzt. Die meisten Athener Bürger hatten irgendwann in ihrem Leben ein politisches Amt inne. Dadurch verschwand der Unterschied zwischen Bürgern und Politikern, Regierten und Regierenden, zwischen Oben und Unten, das Volk herrschte über sich selbst, das ganze Volk. Es gab kein Repräsentationsproblem. Es gab keine Wahlkämpfe, keine uneingelösten Versprechen. Das Los machte alle gleich.

Eine Kaste von Berufspolitikern, wie sie in der Gegenwart existiert, wäre den Athenern so absurd vorgekommen wie den Menschen heute das Losverfahren. In der Politik sollte es damals um die Sache gehen, nicht um Karriere und Durchsetzungsvermögen. Nur ganz wenige Posten, etwa im Bereich des Militärs oder der Finanzen, wurden durch Wahlen besetzt. In allen anderen Bereichen sollte das Volk das Sagen haben, normale Leute, und das Los galt als das zuverlässigste Verfahren, um sie zu bestimmen.

2. Umsetzung in Irland

Die Zukunft der Demokratie – womöglich kann man sie an einem regnerischen Januarwochenende im Grand Hotel im irischen Küstenstädtchen Malahide beobachten, 20 Kilometer nördlich von Dublin. Der große Konferenzsaal, auf der Bühne Pappaufsteller in unterschiedlichen Grüntönen, es geht schließlich um Irland. 99 Bürger sind angereist aus allen Winkeln des Landes, Alte, Junge, Frauen, Männer, Berufstätige, Arbeitslose. 99 Menschen, per Los ausgewählt unter einer Vorgabe: Sie sollen ein Abbild der Gesellschaft darstellen, ein Irland en miniature. Das irische Parlament hat ihnen aufgetragen, eine Frage zu beantworten: Soll Irland Abtreibungen legalisieren? Der Streit um dieses Thema spaltet das katholische Land. Die irische Verfassung verbietet es, eine Schwangerschaft ab abzuberechen. Frauen müssen sogar das Kind ihres Vergewaltigers gebären – oder ins Ausland reisen, um es abtreiben zu lassen.

Die irische Regierung wusste, sie musste etwas tun, die gesellschaftliche Realität hatte die Gesetzeslage überholt. Aber sie wusste auch: Unter vielen Katholiken im Land würde es heftigen Wi-

derstand geben. Also beriefen die Politiker im Oktober 2016 eine Bürgerversammlung ein: 99 Iren, ganz normale Menschen, darunter einige, die von den selbst ernannten Demokratierettern im Hamburger Schanzenviertel bestenfalls misstrauisch beäugt würden. Ein Jahr lang werden sie tagen, ein Wochenende im Monat. Sie sprechen mit Experten, Medizinern, Ethikern, Juristen, Frauen, die abgetrieben haben, Frauen, die nicht abgetrieben haben. Noch bis April werden sie über das Thema debattieren.

Danach über den Klimawandel, eine Wahlreform, die Überalterung Irlands. Anschließend schicken sie Empfehlungen an das Parlament.

Samstagmorgen, auf der Bühne steht ein Arzt aus Dublin und spricht über das Down-Syndrom, über Totgeburten und Ausschabungen. Im Saal sitzt das Volk. Ein dicker Mann mit knallgrünem Shirt, die Arme verschränkt. Ein eleganter Herr im Streifenhemd. Eine vom Alter gebeugte Frau. Eine junge Schwangere mit schulterlangen schwarzen Haaren. Menschen, wie man sie jeden Tag auf der Straße sieht. Während der Arzt spricht, herrscht andächtige Ernsthaftigkeit. Konzentrierte Gesichter, manchmal das Kratzen eines Kugelschreibers auf Papier. Da spüren Menschen Verantwortung und wollen ihr gerecht werden. Nach dem Vortrag fangen die Bürger an zu debattieren, in Gruppen von sieben bis acht Leuten, Tisch an Tisch. Sie sollen auf ihr Gewissen hören, sie sollen sich eine Meinung bilden, die dann für das ganze Land gilt. Können die das? Ist so eine wichtige Entscheidung nicht besser bei Fachkundigen aufgehoben? Wenn man die Bürger zwei Tage lang dabei beobachtet, wie sie Vorträge hören, diskutieren, Fragen stellen, kann man nicht anders, als Vertrauen in diesen Prozess zu schöpfen. Die Fragen sind klug, die Tischmeinungen, nach jeder Debatte vorgetragen von den Moderatoren, differenziert. Es zeichnet sich eine Mehrheit für die Legalisierung der Abtreibung ab. Am Ende wird die Versammlung dem Parlament wahrscheinlich eine Verfassungsänderung vorschlagen.

Man bekommt eine Ahnung von der Kraft dieses demokratischen Prozesses, wenn man vom Grand Hotel in Malahide drei Stunden nach Süden fährt. In einem Städtchen namens Macroom, gelegen zwischen irisch grünen Hügeln, lebt Finbarr O'Brien, ein stämmiger Mann von 61 Jahren, dem ein Schneidezahn fehlt. O'Brien fuhr 30 Jahre lang Lastwagen, dann Gabelstapler, seit elf Jahren ist er Briefträger. Schulbildung hat er kaum. 2012 beschloss die irische Regierung, regelmäßig Bürgerversammlungen einzuberufen, die über wichtige politische Fragen beraten sollten. O'Brien wurde zufällig ausgewählt, an der ersten Versammlung teilzunehmen. Er hätte ablehnen können, aber er war einverstanden. Die Themen damals: Soll die Amtszeit des Präsidenten verlängert werden? Wie kann man den Frauenanteil in der Politik erhöhen? Und vor allem: Soll Irland die Homo-Ehe einführen?

Finbarr O'Brien war kein politischer Mensch, die Nachrichten verfolgte er kaum, für Politiker mit ihren ewig gebrochenen Wahlversprechen empfand er Abscheu. Aber O'Brien brachte noch etwas mit zur Versammlung: eine Lebensgeschichte, die das Thema Homo-Ehe für ihn zu etwas sehr Persönlichem machte. Als Kind war O'Brien mehrmals missbraucht worden, von einem Mann, zum ersten Mal im Alter von neun Jahren. In sein Kinderhirn brannte sich die Vorstellung ein: Schwule sind Vergewaltiger. Diese Überzeugung wurde lange nicht korrigiert, weil O'Brien auch als Erwachsener selten über den Missbrauch sprach. Und mit Schwulen hatte er nie zu tun. Bis er an einem Tisch der Bürgerversammlung saß und sich ein junger Mann neben ihn setzte, auf den ebenfalls das Los gefallen war. O'Brien schaute auf. Ohrring. Nasenring. Jeder Fingernagel eine andere Farbe. »Der Typ war offensichtlich schwul. Ich dachte: Ich kann das nicht«, erinnert

sich O'Brien. Er überwand sich, schüttelte dem Mann die Hand, sie redeten, mussten sie ja, über die Homo-Ehe. O'Brien fand ihn nett. Auf der Bühne erzählten an jenem Tag zwei Geschwister von ihren Eltern, zwei liebevollen Vätern. O'Brien fühlte mit ihnen. Er spürte, wie sich seine Meinung änderte. Seine Therapeutin hatte ihm gesagt, Schwule seien normale Menschen, jetzt füllte sich dieser Satz mit Leben. Die beiden Geschwister. Der Mann mit den bunten Fingernägeln. Der unerträgliche Bischof, der in der Versammlung über die einzig wahre Ehe, Mann, Frau, Gott schwadronierte, wo doch jeder weiß, was die Priester mit den Jungs ...

O'Brien stimmte am Ende für die Homo-Ehe, so wie 78 andere. Unter Befürwortern wie Gegnern fanden sich Männer und Frauen, die ihre Meinung im Lauf des Verfahrens geändert hatten. Die Regierung veranlasste im Mai 2015 ein Referendum und gab den Iren die Empfehlung der Bürgerversammlung an die Hand, die Homo-Ehe zuzulassen. 62 Prozent stimmten zu, die Verfassung wurde geändert. Der ehemalige Schwulenhasser Finbarr O'Brien ist mit seinem Tischnachbarn bis heute befreundet.

Zwei Jahre zuvor hatte auch Frankreich, ebenfalls ein katholisches Land, die Homo-Ehe legalisiert. Ohne Bürgerbeteiligung. Hunderttausende gingen auf die Straße, es waren die größten Proteste, die die Französische Republik seit Jahren gesehen hat. Noch etwas hat die irische Bürgerversammlung bewirkt: Ihre Mitglieder haben Respekt für die Arbeit der Politiker gewonnen. Eine Frau, die ähnlich wie O'Brien Politiker verachtet hatte, ist heute gewähltes Mitglied ihres Kreistages. Und O'Brien sagt: »Bei der Bürgerversammlung mitzumachen gehört zu den besten Erfahrungen meines Lebens. Ich fand es schade, dass ich bei der zweiten nicht wieder dabei sein durfte.« Aber das ist Teil der Idee – es geht darum, frische, unverstellte Meinungen zu bekommen. Gerade keine Experten, keine Berufspolitiker. Genau wie damals in Athen.

David Van Reybrouck sagt: »Am Anfang fragen die Bedenkenräger immer: Wie könnt ihr ahnungslose Leute solche Entscheidungen treffen lassen? Man muss sich nur die Protokolle durchlesen, um zu verstehen, wie unbegründet diese Angst ist. Ja, am Anfang sind die Menschen oft ahnungslos, aber sie lernen, darum geht es ja, und am Ende treffen sie informierte Entscheidungen.« Das ist der Unterschied zum Referendum. Auch dort wird die Meinung der Bürger erfragt, sogar aller Bürger, ohne dass man wüsste, ob diese wirklich über das Thema nachgedacht haben. Ihre Wahl wird oft bestimmt vom Bauchgefühl, manchmal von Wut, wie bei der Brexit-Abstimmung. Bei einem Referendum äußern sich viele Menschen ohne Ahnung. Bei einer Bürgerversammlung wenige Menschen mit viel Ahnung. Wie im Parlament, nur dass die Versammlung tatsächlich repräsentativ ist. Damals in Athen wurden nicht nur die Mitglieder der Regierung per Los bestimmt, sondern auch die der Volksgerichte.

Interessanterweise hat diese Regelung die Jahrtausende überdauert. Noch heute werden in vielen Ländern per Zufall Bürger ausgewählt, um als Geschworene oder Schöffen Recht zu sprechen. Und niemand fragt: Können die das?

3. Und bei uns?

Warum also nicht eine deutsche Bürgerversammlung einberufen? Eintausend Menschen, Junge und Alte, Sachsen und Westfalen, Hipster und Wutbürger, ein Spiegel der Gesellschaft. Ein großer Saal in Berlin, oder nein: irgendwo auf dem Land. Ein Thema, sagen wir: die Flüchtlingskrise. Genug Zeit, um viele Experten zu hören und ausführlich zu debattieren. Und der Auftrag: Wie soll die deutsche Flüchtlingspolitik der Zukunft aussehen? Ja, warum eigentlich nicht?

Aufnahmeantrag

Ich

Name	Vorname	
Straße	PLZ	Ort
Telefon	E-Mail	
Geburtsdatum	Unterschrift	

stelle hiermit einen Aufnahmeantrag als Mitglied im VWVB (Verein zur Schaffung und Förderung politischer Wahrnehmungsfähigkeit und politischem Verantwortungsbewusstseins von Bürgern bei der zukünftigen Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland). Entsprechend § 5 Mitgliedschaft, 5.1 der Satzung gilt: „Mitglied des Vereins kann jede natürliche oder juristische Person werden, die geschäftsfähig ist und den Vereinszweck unterstützt sowie einen Aufnahmeantrag stellt.“ Ich erkläre mich mit meiner Unterschrift dazu bereit, den Vereinszweck entsprechend zu unterstützen. Der Mitgliedbeitrag beträgt 1,00 € pro Monat. Für das Gründungsjahr 2017 gilt, dass, unabhängig vom Eintritt in den Verein die Jahresgebühr 6,00 € beträgt. Die Jahresgebühr ab 2018 wird jeweils zur Jahresmitte erhoben. Der Austritt aus dem Verein ist jederzeit möglich und bedarf keiner Begründung. Meine Daten werden so lange ich Vereinsmitglied bin beim Verein gespeichert. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht. Ich stimme zu, dass der Verein mit mir per E-Mail verkehrt.

Die komplette Satzung ist einsehbar unter www.vwvb.de (sorry das geht noch nicht, aber ich schicke die Satzung gerne per mail.) Über meinen Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand. Der Vorstand besteht derzeit aus zwei Mitgliedern, Sabine und Klaus Mairhöfer.

Den Aufnahmeantrag bitte ausdrucken, ausfüllen und senden an:
 VWVB e.V.
 Libellenweg 32, 22941 Bargteheide oder
 Fax: 04532 400 758 oder
 E-Mail: vwvb@t-online.de